

Abschlussbericht zu den Programmen der Investitionsoffensive Infrastruktur

Herausgeber
KfW Bankengruppe
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431-0
Telefax 069 7431-2944
www.kfw.de

Autoren
Alexander Klein
Steffen Seiffert
Dr. Sascha Wolff

Frankfurt am Main, Februar 2012

Inhaltsverzeichnis

1.	Einführung	3
1.1	Hintergrund	5
1.2	Ausgestaltung der Investitionsoffensive Infrastruktur	7
2.	Zusagevolumen und regionale Verteilung	11
3.	Verwendung der Mittel der Investitionsoffensive Infrastruktur	15
3.1	Einsatz in den verschiedenen Infrastrukturbereichen	15
3.2	Beispiele für Vorhaben im Rahmen der Investitionsoffensive Infrastruktur	17
4.	Beschäftigungs- und Wachstumseffekte der Investitionsoffensive Infrastruktur	19
4.1	Abschätzung der Wirkungen auf Beschäftigung und Wachstum	19
4.2	Methodik zur Abschätzung der Beschäftigungs- und Wachstumseffekte	21
5.	Die Breitenwirkung der Investitionsoffensive Infrastruktur	25
5.1	Die wirtschaftliche Situation in den deutschen Bundesländern	25
5.2	Partizipation der Bundesländer an der Investitionsoffensive Infrastruktur	27
6.	Förderleistung der Investitionsoffensive Infrastruktur	33
7.	Zusammenfassung	35
	Anhang	37

Abbildungsverzeichnis

Grafik 1:	Anteil der Kommunen an öffentlichen Bruttoinvestitionen, Nettoinvestitionen der öffentlichen Hand, Verschuldung der Kommunen.....	6
Grafik 2:	Nominales BIP je Erwerbstätigem in EUR, Bundesländervergleich 2010	26
Grafik 3:	Arbeitslosenquote 2010 (in Prozent) im Bundesländervergleich	27

Tabellenverzeichnis

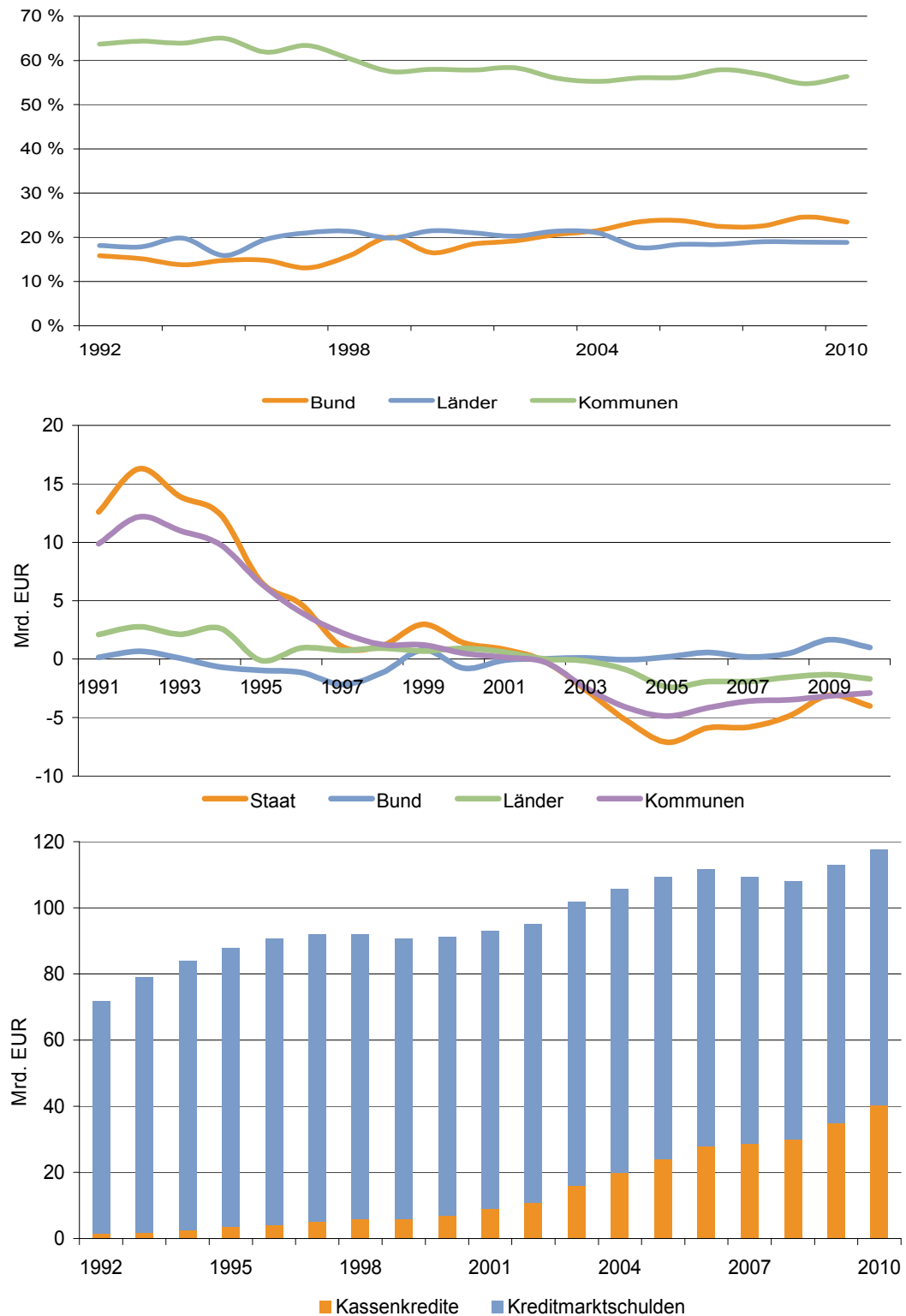
Tabelle 1:	Verteilung der Kreditanzahl und des Kreditvolumens auf die einzelnen Programme der Investitionsoffensive Infrastruktur.....	11
Tabelle 2:	Regionale Verteilung Kreditnehmeranzahl, Zahl der Kredite und Kreditvolumen für alle Programme der Investitionsoffensive Infrastruktur.....	12
Tabelle 3:	Kredit- / Zusagevolumen nach Verwendungszwecken für alle Programme der Investitionsoffensive Infrastruktur	16
Tabelle 4:	Kredit- und Investitionsvolumina und Beschäftigungseffekte für die Programme der Investitionsoffensive Infrastruktur.....	19
Tabelle 5:	Regionale Verteilung der Kredit- und Investitionsvolumina und Beschäftigungseffekte der Investitionsoffensive Infrastruktur	20
Tabelle 6:	Investitionsnachfrage in den Bausektoren	22
Tabelle 7:	Summe der Beschäftigungseffekte in Personenjahren je 100 Mio. EUR Nettoinvestitionen für das Jahr 2010	22
Tabelle 8:	Berechnung monetärer Multiplikator	24
Tabelle 9:	Bevölkerungsanteil des jeweiligen Bundeslandes, der an der Förderung aus der Investitionsoffensive Infrastruktur partizipiert hat.....	29
Tabelle 10:	Verteilung des Zusage- und Investitionsvolumens auf die Bundesländer unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl.....	31
Tabelle 11:	Förderleistung der Investitionsoffensive Infrastruktur	33

1. Einführung

Aufgrund der Rezession im Jahr 2008 und des schweren konjunkturellen Einbruchs Anfang des Jahres 2009 entschloss sich die Bundesregierung, in einem kurzen zeitlichen Abstand zwei Konjunkturprogramme aufzulegen. Ein Baustein des ersten Konjunkturprogramms war die so genannte „Investitionsoffensive Infrastruktur“ mit deren Umsetzung die KfW Bankengruppe beauftragt wurde. Im Rahmen der Investitionsoffensive wurden struktur- und finanzschwachen Kommunen sowie gemeinnützigen Organisationen und kommunalen Unternehmen zinsverbilligte Darlehen zur Finanzierung von zusätzlichen Infrastrukturinvestitionen in den betreffenden Regionen gewährt. Ende des Jahres 2010 liefen die Programme der Investitionsoffensive Infrastruktur aus. Dieser Abschlussbericht soll über die ausgereichten Fördermittel, die wichtigsten Förderwirkungen und volkswirtschaftlichen Effekte informieren.

1.1 Hintergrund

Im Jahr 2008 deutete sich sowohl in Deutschland als auch weltweit ein tiefer konjunktureller Einbruch an. Zwischen dem 1. Quartal 2008 und dem 1. Quartal 2009 schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um insgesamt 6,6 %. Dies bedeutete den stärksten Einbruch der Wirtschaftsleistung seit der Großen Depression Anfang der 1930er-Jahre. Um dem konjunkturellen Rückgang entgegenzuwirken, verabschiedete die Bundesregierung im November 2008 das erste Konjunkturprogramm „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ mit einem Gesamtvolumen von 31 Mrd. EUR und im Januar 2009 das zweite Maßnahmenpaket, den „Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland“ mit einem Gesamtvolumen von rund 50 Mrd. EUR. Die Investitionsoffensive Infrastruktur war Teil des ersten Maßnahmenpakets. Zinsgünstige Darlehen mit einem Gesamtvolumen von 3 Mrd. EUR sollten über die KfW Bankengruppe an struktur- und finanzschwache Kommunen vergeben werden. Im Rahmen des zweiten Maßnahmenpakets wurden für die Kommunen zusätzlich über 10 Mrd. EUR an Zuschüssen bereitgestellt, die insbesondere für die kommunale Bildungsinfrastruktur verwendet werden sollten. In diesem Bericht wird nur auf jene KfW-Darlehen abgestellt, die im Rahmen der Investitionsoffensive Infrastruktur als Teil des Konjunkturpaketes I vergeben wurden.



Quellen: ZVR (2011), Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften: Bund, Länder und Gemeinden, ZR041; Statistisches Bundesamt (2011), Sonderauswertung; Statistisches Bundesamt (2011), Finanzen und Steuern, Schulden öffentlicher Haushalte (Fachserie 14, Reihe 5).

Grafik 1: Anteil der Kommunen an öffentlichen Bruttoinvestitionen, Nettoinvestitionen der öffentlichen Hand, Verschuldung der Kommunen

Mit der Investitionsoffensive Infrastruktur sollte nicht nur die kommunale und soziale Infrastruktur modernisiert und gestärkt werden, um damit die langfristige Wirtschaftsentwicklung

zu stützen, sondern die Investitionen sollten auch den kleinen und mittelständischen Unternehmen im Baugewerbe und den damit verbundenen Sektoren zugutekommen. Ziel der Investitionsoffensive war sowohl die Förderung des Infrastrukturausbaus als auch die konjunkturelle Stützung des Mittelstands. Die Kommunen sind die zentralen Akteure für die Bereitstellung von Infrastruktur und finanzieren nach wie vor über die Hälfte der öffentlichen Investitionen in Deutschland (siehe Grafik 1, oberes Diagramm). Aufgrund der starken mittelständischen Prägung des Baugewerbes und der damit verbundenen Sektoren waren positive Beschäftigungseffekte durch die Investitionen insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen zu erwarten. Zugleich hätte ein weiterer Rückgang der kommunalen Investitionen durch die Finanzkrise langfristig deutlich negative Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nach sich gezogen. Die Investitionstätigkeit der Kommunen liegt bereits seit Jahren unterhalb des notwendigen Bedarfs. Seit 2003 weisen die Kommunen sogar negative Nettoinvestitionen aus, d. h. sie investieren so wenig, dass noch nicht einmal der Bestand an kommunaler Infrastruktur erhalten werden kann (siehe Grafik 1, mittleres Diagramm). Im KfW Kommunalpanel 2010 wurde der kommunale Investitionsrückstand, der sich in den letzten Jahren durch fehlende Investitionstätigkeit aufgebaut hat, auf inzwischen insgesamt rd. 75 Mrd. EUR geschätzt.

Die niedrige Investitionstätigkeit ist vor allem auf die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen zurückzuführen, die sich u. a. in einer inzwischen enorm gewachsenen Verschuldung mit einem rasch steigenden Anteil kurzfristiger Kredite (Kassenkredite) zeigt (siehe Grafik 1, unteres Diagramm). Viele Kommunen sind aus eigener Finanzkraft nicht in der Lage, ausreichend Investitionen zur Reduzierung des Investitionsrückstands zu tätigen. Daher wurde speziell für die kommunale und soziale Infrastruktur die „Investitionsoffensive Infrastruktur“ als Baustein in das im Herbst 2008 beschlossene erste Maßnahmenpaket zur Stützung der Konjunktur aufgenommen. Angesichts des hohen Investitionsrückstands und der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen wies und weist dieser Förderansatz eine hohe Relevanz für die langfristige Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft auf.

1.2 Ausgestaltung der Investitionsoffensive Infrastruktur

Mit der Investitionsoffensive Infrastruktur wurden ab dem 01.04.2009 Investitionen in die kommunale und soziale Infrastruktur strukturschwacher Kommunen der so genannten GRW-Gebiete (Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) mit besonders günstigen Konditionen finanziert. Eine weitere Zielgruppe der Investitionsoffensive waren finanzschwache Kommunen, d. h. Kommunen in einer Haushaltsnot- oder Haushaltssicherungslage.

Zur Abwicklung dieses Förderangebots wurde auf die bestehenden Erfahrungen der KfW im Kommunalkreditbereich zurückgegriffen. In der KfW Kommunalbank existierte zu diesem Zeitpunkt bereits ein zielgruppengerechtes Finanzierungsangebot aus KfW-Eigenmitteln für Investitionen der verschiedenen Akteure im Bereich der kommunalen und sozialen Infrastruktur. Dazu gehört ein Direktkreditprogramm der KfW für Kommunen (inklusive deren unselbständiger Eigenbetriebe und den kommunalen Zweckverbänden) sowie zwei bankdurchgeleitete KfW-Programme für gemeinnützige Organisationen bzw. kommunale Unternehmen. Aufbauend auf diesen Eigenprogrammen wurden im Rahmen der „Investitionsoffensive Infrastruktur“ für die genannten Zielgruppen drei weitere Förderprogramme entwickelt:

- Kommunalkredit – Investitionsoffensive Infrastruktur (Programmnummer 207)
Zielgruppe: Kommunen, deren unselbständige Eigenbetriebe, kommunale Zweckverbände
Kreditvergabe direkt durch die KfW
- Sozial Investieren – Investitionsoffensive Infrastruktur (Programmnummer 211)
Zielgruppe: Gemeinnützige Organisationen
Kreditvergabe über die Hausbank des Antragstellers
- Kommunal Investieren – Investitionsoffensive Infrastruktur (Programmnummer 212)
Zielgruppe: Kommunale Unternehmen
Kreditvergabe über die Hausbank des Antragstellers

Im Vergleich zu den, parallel weiter bestehenden, Eigenprogrammen der KfW für die gleichen Zielgruppen hatten diese Förderkredite durch die Verbilligung aus Bundesmitteln einen erheblichen Zinsvorteil. Mit der Einführung der drei Kreditprogramme wurde den unterschiedlichen Anforderungen der Kreditnehmer Rechnung getragen und analog zu den KfW-Eigenprogrammen die Möglichkeit einer Differenzierung der Konditionen zwischen den einzelnen Zielgruppen geschaffen. Dies galt insbesondere für die Direktkreditvergabe an Kommunen. Weiterhin wurden zum Beispiel die Kredite an gemeinnützige Organisationen mit einem Zinsvorteil gegenüber den Krediten an kommunale Unternehmen ausgestattet. Die Zinsverbilligung des Bundes wurde in allen drei Programmen auf fünf Jahre befristet. Nach Ablauf dieses Zeitraums werden von der KfW Prolongationsangebote zur Fortsetzung des Kreditverhältnisses auf Basis der dann bestehenden Refinanzierungsmöglichkeiten der KfW angeboten.

Die Förderung im Rahmen der Investitionsoffensive war auf Investitionsvorhaben der Jahre 2009 und 2010 begrenzt. Das insgesamt maximal mögliche Zusagevolumen in den Programmen der Investitionsoffensive Infrastruktur wurde auf 3 Mrd. EUR festgelegt, wovon jeweils 1,5 Mrd. EUR in den Jahren 2009 und 2010 zur Verfügung gestellt wurden. Hinsichtlich der Zielgruppe und Zielgebiete war das Finanzierungsangebot auf Investitionen in strukturschwachen Regionen beschränkt. Beim Kommunalkredit – Investitionsoffensive Infrastruk-

tur (Pr. 207) wurden neben den Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW-Gebiete) auch Kommunen in einer Haushaltsnot- oder Haushaltssicherungslage (Bestätigung durch die Kommunalaufsicht) berücksichtigt. In den Programmen Sozial Investieren – Investitionsoffensive Infrastruktur (Pr. 211) und Kommunal Investieren – Investitionsoffensive Infrastruktur (Pr. 212) war die Förderung auf Investitionen in einem deutschen Regionalfördergebiet gemäß der von der EU-Kommission genehmigten Fördergebietskarte 2007–2013 (A- und C-Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) beschränkt.

Im Rahmen der Investitionsoffensive Infrastruktur wurden somit neben Kommunen in einer Haushaltsnot- oder Haushaltssicherungslage sämtliche GRW-Gebiete – A-, C-, und D-Fördergebiete – gefördert. Wie aus Grafik A.1 im Anhang ersichtlich, zählen dazu insbesondere alle Standorte in den neuen Bundesländern und Berlin. Hinzu kommen eine Reihe von Regionalfördergebieten in den alten Bundesländern: Dies sind Teile Bayerns an der Grenze zu Thüringen, Sachsen und zur Tschechischen Republik, Teile des Saarlands, der Pfalz, Hessens, wie beispielsweise an der Grenze zum benachbarten Thüringen, Teile Niedersachsens, Schleswig-Holsteins, bestimmte Regionen Nordrhein-Westfalens sowie Bremen. Der Stadtstaat Hamburg sowie das Flächenland Baden-Württemberg zählen nicht zu den GRW-Fördergebieten.

2. Zusagevolumen und regionale Verteilung

Insgesamt wurden im Rahmen der Programme der Investitionsoffensive Infrastruktur 1.938 Kredite mit einem Gesamtvolumen von 1.885 Mio. EUR zugesagt.¹

Insbesondere durch die verhaltene Nachfrage im Jahr 2009 wurde damit das insgesamt zur Verfügung stehende Kreditvolumen von 3 Mrd. EUR lediglich teilweise ausgeschöpft. So wurden im Jahr 2009 nur 0,6 Mrd. EUR der zur Verfügung stehenden Kreditmittel von 1,5 Mrd. EUR nachgefragt. Ursachen hierfür waren insbesondere die bei Infrastrukturvorhaben notwendigen Vorlaufzeiten. Bei Programmstart im April 2009 waren die Investitionsplanungen in den Kommunen für dieses Jahr in vielen Fällen bereits abgeschlossen. Außerdem wirkten die im Rahmen des zweiten Maßnahmenpaktes der Bundesregierung für die Kommunen zur Verfügung gestellten Zuschüsse stark Nachfrage dämpfend. Demgegenüber wurden, nach einem entsprechenden Planungsvorlauf und weit gehender Ausschöpfung der Zuschussmittel, im Jahr 2010² mit Kreditzusagen von 1,3 Mrd. EUR die hier zur Verfügung stehenden Mittel von 1,5 Mrd. EUR nahezu vollständig ausgeschöpft.

Über die Hälfte des Kreditvolumens ging an Kommunen im Programm Kommunalkredit – Investitionsoffensive Infrastruktur (Pr. 207). Danach folgten die Programme Sozial Investieren – Investitionsoffensive Infrastruktur (Pr. 211) für gemeinnützige Organisationen und Kommunal Investieren – Investitionsoffensive Infrastruktur (Pr. 212) für kommunale Unternehmen.

Tabelle 1: Verteilung der Kreditanzahl und des Kreditvolumens auf die einzelnen Programme der Investitionsoffensive Infrastruktur

	Zahl der Kredite	Anteil	Kreditvolumen in Mio. EUR	Anteil
Pr. 207	1.198	61,8 %	1.072,7	56,9 %
Pr. 211	578	29,8 %	491,9	26,1 %
Pr. 212	162	8,4 %	320,6	17,0 %
Gesamt	1.938	100,0 %	1.885,2	100,0 %

Quelle: KfW eigene Daten.

Im Rahmen der Investitionsoffensive wurden insgesamt 1.938 Kredite an 1.215 verschiedene Kreditnehmer ausgereicht und hierdurch Vorhaben in insgesamt 936 Städten und Gemeinden (mit-)finanziert. Die damit erreichte Einwohnerzahl dieser Kommunen beläuft sich auf

¹ Hierbei wurden Kreditverzichte bis zum Stichtag der Datenziehung (07.09.2011) berücksichtigt.

² Inklusive Restzusagen Anfang 2011

22,5 Mio. Bürgerinnen und Bürger. Somit profitierte mehr als jeder vierte Einwohner Deutschlands von der Investitionsoffensive.

Details zur regionalen Verteilung können der nachfolgenden Tabelle 2 entnommen werden. Die meisten Kredite wurden in Bayern (381), Niedersachsen (266) und Thüringen (221) ausgereicht. Auch beim Kreditvolumen liegt Bayern mit 300,4 Mio. EUR vorn. Niedersachsen und Sachsen folgen mit 247,0 bzw. 234,7 Mio. EUR. Nach absoluter Höhe des zugesagten Kreditvolumens hat Bayern damit den größten Anteil an der Investitionsoffensive Infrastruktur eingenommen. Bezieht man das Kreditvolumen jedoch auf die Einwohnerzahl und berücksichtigt den Anteil der mit den geförderten Krediten erreichten Bevölkerung, so zeigt sich, dass die neuen Bundesländer am stärksten von der Investitionsoffensive profitierten (siehe hierzu Abschnitt 5.2).

Tabelle 2: Regionale Verteilung Kreditnehmeranzahl, Zahl der Kredite und Kreditvolumen für alle Programme der Investitionsoffensive Infrastruktur

Bundesland	Zahl Kreditnehmer	Zahl der Kredite	Anteil Zahl der Kredite	Kredite in Mio. EUR	Anteil Kreditvolumen
Baden-Württemberg	34	63	3,3 %	68,69	3,6 %
Bayern	220	381	19,7 %	300,41	15,9 %
Hessen	44	76	3,9 %	81,04	4,3 %
Niedersachsen	162	266	13,7 %	246,98	13,1 %
Nordrhein-Westfalen	36	53	2,7 %	77,91	4,1 %
Rheinland-Pfalz	40	65	3,4 %	32,19	1,7 %
Saarland	3	3	0,2 %	4,16	0,2 %
Schleswig-Holstein	82	122	6,3 %	58,57	3,1 %
Brandenburg	89	131	6,8 %	192,52	10,2 %
Mecklenburg-Vorpommern	79	130	6,7 %	72,52	3,9 %
Sachsen	135	216	11,1%	234,69	12,5 %
Sachsen-Anhalt	114	177	9,1 %	188,34	10,0 %
Thüringen	151	221	11,4 %	138,82	7,4 %
Berlin	22	30	1,5 %	178,17	9,5 %
Bremen	4	4	0,2 %	10,15	0,5 %
Hamburg	-	-	-	-	-
Insgesamt	1.215	1.938	100,0 %	1.885,16	100,0 %

Quelle: KfW eigene Daten.

Die dominierende Stellung Bayerns nach absolutem Kreditvolumen ist bedingt durch den hohen Anteil, den das Bundesland im Programm Kommunalkredit – Investitionsoffensive Infrastruktur eingenommen hat. Hier betrug der Anteil Bayerns am Kreditvolumen 26 %, gefolgt von Niedersachsen (18 %) und Berlin (11 %) (Tabelle A.1 im Anhang). Im Programm Sozial Investieren – Investitionsoffensive Infrastruktur ging der größte Teil des Kreditvolumens hingegen nach Brandenburg (26 %), gefolgt von Sachsen (18 %), Thüringen (16 %) und Sachsen-Anhalt (12 %) (Tabelle A.2 im Anhang). Auch im Programm Kommunal Investieren – Investitionsoffensive Infrastruktur standen die neuen Bundesländer im Vordergrund. Über die Hälfte des Kreditvolumens wurde in Sachsen-Anhalt (29 %) und Sachsen (24 %) zugesagt. 13 % des Kreditvolumens wurden nach Brandenburg, 10 % nach Thüringen vergeben (Tabelle A.3 im Anhang).

3. Verwendung der Mittel der Investitionsoffensive Infrastruktur

3.1 Einsatz in den verschiedenen Infrastrukturbereichen

Die Einsatzmöglichkeiten der Programme der Investitionsoffensive Infrastruktur waren mit der Definition „*alle Investitionen in die kommunale und soziale Infrastruktur*“ bewusst breit angelegt, da die Prioritäten von den Akteuren vor Ort selbst am besten eingeschätzt werden können.

Wie aus Tabelle 3 ersichtlich, floss der größte Teil des Kreditvolumens in den Bereich Schulen und Kindergärten (485,8 Mio. EUR), gefolgt von Krankenhäusern, Alten- und Behinderteneinrichtungen (424,3 Mio. EUR) sowie der Abwasserentsorgung (191,9 Mio. EUR).

Ein Vergleich des zugesagten Kreditvolumens nach Verwendungszwecken in den Programmen der Investitionsoffensive Infrastruktur mit den nicht aus Bundesmitteln geförderten Standardprogrammen der KfW (KfW-Kommunalkredit bzw. Investitionskredit Kommunen, Sozial Investieren und Kommunal Investieren – Zusagevolumen 2009 und 2010 insgesamt rund 4 Mrd. EUR) zeigt, dass auch die Standardprogramme im Wesentlichen eine ähnliche Verteilung des Zusagevolumens nach Verwendungszwecken aufweist. In den Standardprogrammen wurden 25 % des zugesagten Kreditvolumens für Investitionen in Krankenhäusern, Alten- und Behinderteneinrichtungen zugesagt, gefolgt von Investitionen in Schulen und Kindergärten (24,5 %), die Verkehrsinfrastruktur (13,4 %), die Stadt- und Dorfentwicklung (10,0 %) sowie die Abwasserentsorgung (8,7 %).

Die Gewichtung der Verwendungszwecke unterscheidet sich zwischen den verschiedenen Programmen sehr deutlich (Tabellen A.4, A.5 und A.6 im Anhang). Während die Kreditzusagen der Kommunen überwiegend für Schulen / Kindergärten, Abwasserentsorgung und Verkehrsinfrastruktur in Anspruch genommen wurden (67 % des Kreditvolumens), wurden die Mittel im Programm Sozial Investieren fast ausschließlich für Krankenhäuser, Alten- und Behinderteneinrichtungen eingesetzt (78 % des Kreditvolumens). Weitere 17 % wurden auch in diesem Programm für Schulen und Kindergärten verwendet. Deutlich breiter gestreut war hingegen der Einsatz der Mittel im Programm Kommunal Investieren – Investitionsoffensive Infrastruktur. Einen Fokus bildeten lediglich die Investitionen in Energieeinsparung (28 %), gefolgt von fast gleich verteilten Kreditzusagen für Wasserversorgung (14 %), Verwaltungsgebäude (11 %), Abfallwirtschaft (9 %) sowie Stadt- und Dorfentwicklung (9 %).

Tabelle 3: Kredit- / Zusagevolumen nach Verwendungszwecken für alle Programme der Investitionsoffensive Infrastruktur

	Kreditvolumen in Mio. EUR	Anteil am Kreditvolumen	Anzahl Kreditnehmer	Anzahl Zusagen
Schulen, Kindergärten	485,77	25,8 %	466	641
Krankenhäuser u. ä. ³	424,31	22,5 %	254	397
Abwasserentsorgung	191,94	10,2 %	153	211
Stadt- u. Dorfentwicklung	167,46	8,9 %	254	320
Verkehrsinfrastruktur	161,18	8,6 %	229	302
Energieeinsparung	149,84	7,9 %	205	241
Verwaltungsgebäude	94,94	5,0 %	107	117
Sonstiges	80,13	4,2 %	66	83
Wasserversorgung	67,90	3,6 %	88	111
Abfallwirtschaft	50,29	2,7 %	17	28
Wohnwirtsch. Projekte	7,56	0,4 %	25	32
Baulanderschließung	3,83	0,2 %	16	17
Gesamt	1.885,16	100,0 %	1.880	2.500

Quelle: KfW eigene Daten.

Betrachtet man nur das Zusagevolumen für Kommunen (Tabelle A.4), so zeigt sich, dass die gewählten Verwendungszwecke relativ genau den im KfW Kommunalpanel 2010⁴ festgestellten kommunalen Investitionsbedarfen entsprechen. So entfällt bei den Kommunen mit 36,7 % der weitaus größte Teil des zugesagten Kreditvolumens auf den Bereich Kindergärten und Schulen. Dies ist zugleich der Bereich, in dem gemäß KfW Kommunalpanel 2010 auch der höchste kommunale Investitionsrückstand (23,9 Mrd. EUR) besteht. Für die Bereiche Abwasserent- und Wasserversorgung (zusammen 193 Mio. EUR an zugesagtem Kreditvolumen; Anteil: 18 %) besteht nach den Angaben der im KfW Kommunalpanel 2010 befragten Städte und Gemeinden ein Investitionsrückstand von 10 Mrd. EUR. Der Verwendungszweck Verkehrsinfrastruktur mit einem etwas geringeren Anteil von 14,3 % am zugesagten Kreditvolumen stellt gemäß KfW Kommunalpanel 2010 den Infrastrukturbereich dar, für den

³ Inklusive Alten- und Behinderteneinrichtungen.

⁴ Vgl. Grabow, B. und Schneider, S. (2010), KfW Kommunalpanel 2010, KfW Bankengruppe (Hrsg.), Reihe KfW-Research, November 2010:

http://www.kfw.de/kfw/de/III/Download_Center/Fachthemen/Research/PDF-Dokumente_KfW_Kommunalpanel/Kommunalpanel_2010_Langfassung.pdf

mit 23,5 Mrd. EUR der zweithöchste Investitionsbedarf (nach Kindergärten und Schulen) beziffert wurde. Im kommunalen Bereich wurden die Mittel der Investitionsoffensive Infrastruktur damit nachweislich in den Bereichen eingesetzt, in denen zum damaligen Zeitpunkt auch bundesweit der größte Investitionsbedarf bestand.

3.2 Beispiele für Vorhaben im Rahmen der Investitionsoffensive Infrastruktur

Die zinsgünstigen KfW-Kredite waren in vielen Fällen Voraussetzung und Anstoß für die Durchführung von Neubau- oder Sanierungsmaßnahmen. So wurde zum Beispiel für die thüringische Gemeinde Wallhausen ein zinsgünstiges KfW-Darlehen im Rahmen des Programms Kommunalkredit – Investitionsoffensive Infrastruktur in Höhe 350.000 EUR zur Verfügung gestellt. Damit wurde, neben Eigenmitteln und Zuschüssen des Landes, ein wesentlicher Beitrag zur Finanzierung der Investitionskosten in Höhe von 500.000 EUR geleistet. Mit diesen Mitteln wurde die Grundschule des Ortes energetisch saniert (Heizungserneuerung und Dämmung der Außenwände und des Daches) und durch den Ausbau des Dachgeschosses weitere Nutzflächen gewonnen. Durch den besseren energetischen Standard werden die Energiekosten für das Schulgebäude langfristig spürbar gesenkt und der Gemeindehaushalt damit entlastet.

Der hessische Landkreis Bergstraße hat, ebenfalls aus dem Programm Kommunalkredit – Investitionsoffensive Infrastruktur, Darlehensmittel in Höhe von 3,95 Mio. EUR für den Neubau einer Dependence der Seebergschule Bensheim in Mörlenbach verwendet. Bei der Seebergschule handelt es sich um eine Sonderschule für praktisch Bildbare. Mit dem Neubau der Dependence können künftig geistig und körperlich behinderte Schüler in Wohnortnähe unterrichtet werden und lange Anfahrtswege entfallen. Neben dem selbstverständlich behindertengerechten und barrierefreien Ausbau des Gebäudes wurde es auch im Passivhausstandard errichtet. Es ist damit ein Modellprojekt mit Vorbildwirkung im Kreis Bergstraße und spart langfristig auch in erheblichem Umfang Energiekosten.

Mit den zinsgünstigen Krediten aus der Investitionsoffensive wurden auch viele Vorhaben im Bereich der Stadt- und Dorfentwicklung angestoßen. So hat zum Beispiel die bayrische Stadt Schönwald im Fichtelgebirge 1,3 Mio. EUR in die Umgestaltung der Ortsmitte investiert. Hiervon kamen 0,8 Mio. EUR aus dem Programm Kommunalkredit – Investitionsoffensive Infrastruktur. Damit wurden u. a. ein Multifunktionsplatz und ein Bürgergarten errichtet. Nach der Umgestaltung entwickelt sich die Ortsmitte immer mehr zu einem beliebten Treffpunkt. Damit hat sich nicht nur die Lebensqualität der Bewohner erhöht, sondern auch die Attraktivität von Schönwald für Besucher ist gestiegen.

Ein weiteres Beispiel für erfolgreiche Vorhaben der Stadt- und Dorfentwicklung ist der Neubau eines Kongress- und Veranstaltungszentrums in Husum (Schleswig-Holstein). Hierfür wurden 2,65 Mio. EUR als KfW-Darlehen aus dem Kommunalkredit – Investitionsoffensive Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Mit Realisierung dieses Vorhabens wurde eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um die Position der Stadt Husum als Messestandort mit überregionaler Bedeutung zu sichern.

4. Beschäftigungs- und Wachstumseffekte der Investitionsoffensive Infrastruktur

Die positiven Effekte auf die kommunale Infrastruktur verstärken die primäre Zielsetzung der Investitionsoffensive Infrastruktur, wie die Sicherung und Erhöhung der Beschäftigung sowie die gesamtwirtschaftliche Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts. Zur Berechnung dieser Effekte wurde im vorliegenden Bericht eine Multiplikatoranalyse auf Basis der Input-Output-Tabellen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung durchgeführt. Im Folgenden werden die Ergebnisse sowie die verwendete Methodik dargestellt.

4.1 Abschätzung der Wirkungen auf Beschäftigung und Wachstum

Mit den zinsverbilligten Krediten der Programme der Investitionsoffensive Infrastruktur in Höhe von 1.885,2 Mio. EUR wurden Gesamtinvestitionen von 3.771,8 Mio. EUR angestoßen. Damit konnten insgesamt geschätzte rund 50.500 Vollzeit-Arbeitsplätze neu geschaffen bzw. für ein Jahr gesichert werden. Dieser Gesamtbeschäftigungseffekt verteilt sich dabei wie folgt auf die einzelnen Programme (Tabelle 4).

Tabelle 4: Kredit- und Investitionsvolumina und Beschäftigungseffekte für die Programme der Investitionsoffensive Infrastruktur

Programm (Nr.)	Kreditvolumen in Mio. EUR	Induziertes Investitionsvolumen in Mio. EUR	Anteil Investitionsvolumen	Geschaffene oder für ein Jahr gesicherte Vollzeit-Arbeitsplätze
Kommunalkredit – Investitionsoffensive Infrastruktur (Programm-Nr. 207)	1.072,7	2.406,1	64 %	32.200
Sozial Investieren – Investitionsoffensive Infrastruktur (Programm-Nr. 211)	491,9	842,9	22 %	11.300
Kommunal Investieren – Investitionsoffensive Infrastruktur (Programm-Nr. 212)	320,6	522,8	14 %	7.000
Gesamt	1.885,2	3.771,8	100 %	50.500

Quelle: KfW eigene Daten.

Details zur regionalen Verteilung der durch die Investitionsoffensive Infrastruktur angestoßenen Investitionen und der neu geschaffenen bzw. für ein Jahr gesicherten Vollzeit-Arbeitsplätze können der nachfolgenden Tabelle 5 entnommen werden.

Ein wichtiger Grund, kommunale Investitionen in die Konjunkturpakete aufzunehmen, war die Stabilisierung der Auftragslage für kleine und mittelständische Unternehmen. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Zielgruppe von den kommunalen Investitionen überproportional profitiert hat. Eine Abschätzung der Wirkung der Programme der Investitionsoffensive Infrastruktur für den Mittelstand kann anhand der Annahmen getroffen werden, die bei der

Evaluation der Programme Energieeffizient Bauen und Sanieren vorgenommen wurden.⁵ Demnach entfällt ein Anteil von 82 % des Gesamtbeschäftigungseffekts auf kleine und mittelständische Unternehmen. Der Beschäftigungseffekt, den die induzierten Investitionen ausgelöst haben, beläuft sich damit auf rund 41.000 Vollzeit-Arbeitsplätze, die in kleinen und mittleren Unternehmen neu geschaffen bzw. für ein Jahr gesichert wurden.

Tabelle 5: Regionale Verteilung der Kredit- und Investitionsvolumina und Beschäftigungseffekte der Investitionsoffensive Infrastruktur

Bundesland	Kreditvolumen in Mio. EUR	Induziertes Investitionsvolumen in Mio. EUR	Geschaffene oder für ein Jahr gesicherte Vollzeit-Arbeitsplätze
Baden-Württemberg	68,69	105,5	1.400
Bayern	300,41	542,8	7.300
Hessen	81,04	124,0	1.700
Niedersachsen	246,98	396,3	5.400
Nordrhein-Westfalen	77,91	112,8	1.500
Rheinland-Pfalz	32,19	65,5	900
Saarland	4,16	7,8	100
Schleswig-Holstein	58,57	107,1	1.400
Brandenburg	192,52	395,4	5.300
Mecklenburg-Vorpommern	72,52	129,4	1.700
Sachsen	234,69	362,2	4.900
Sachsen-Anhalt	188,34	301,1	4.000
Thüringen	138,82	264,3	3.500
Berlin	178,17	846,6	11.300
Bremen	10,15	11,0	100
Insgesamt	1.885,16	3.771,8	50.500

Quelle: KfW eigene Daten.

Neben den Beschäftigungseffekten können auch Abschätzungen über die gesamtwirtschaftliche Einkommenswirkung getroffen werden, d. h. um wie viel höher das Bruttoinlandsprodukt durch die induzierten kommunalen Investitionen der Investitionsoffensive Infrastruktur

⁵ Für den Anteil der kleinen und mittelständischen Betriebe an den erzielten Beschäftigungseffekten siehe: IWU / BEI (2011): Monitoring der KfW-Programme ‚Energieeffizient Sanieren‘ 2010 und ‚Ökologisch / Energieeffizient Bauen‘ 2006–2010, Frankfurt, S. 83.

ausgefallen ist. Aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist ersichtlich, dass insbesondere Investitionen im Hoch- und Tiefbausektor einen relativ großen Effekt auf das Bruttoinlandsprodukt haben. Anhand der im Folgenden, näher beschriebenen Multiplikatoranalyse wird geschätzt, dass der kurzfristige Bruttoeffekt der Investitionsoffensive Infrastruktur auf das Bruttoinlandsprodukt für die Zusagen der Jahre 2009 und 2010, zusammengenommen bei rund 5,7 Mrd. EUR liegt.

4.2 Methodik zur Abschätzung der Beschäftigungs- und Wachstumseffekte⁶

Grundlage für die Ermittlung der Beschäftigungs- und Wachstumseffekte sind die Input-Output-Tabellen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Input-Output-Tabellen erfassen sämtliche Güterströme, die zwischen den einzelnen Sektoren einer Volkswirtschaft fließen. Sie zeigen somit die wechselseitigen ökonomischen Beziehungen zwischen den Akteuren einer Volkswirtschaft. Dies geschieht in einer hochaggrierter Form, da jeweils eine Vielzahl von Wirtschaftseinheiten in einem möglichst homogenen Sektor zusammengefasst werden.⁷

Der Beschäftigungsmultiplikator

Um die Wirkung von zusätzlichen Investitionen, die in einem oder mehreren Sektoren getätigt werden, abzuschätzen, wurde ein Beschäftigungs-Multiplikator verwendet. Dieser gibt an, in welchem Verhältnis die Investitionen in einem Sektor zu den insgesamt damit geschaffenen oder gesicherten Arbeitsplätzen stehen. Der sich daraus ergebende Beschäftigungseffekt besteht aus einem „direkten Effekt“, d. h. Arbeitsplätze, die direkt bei den Auftragnehmern in den Bausektoren entstehen oder gesichert werden. Dazu gehören der Hoch- und Tiefbausektor, der Sektor des Ausbaugewerbes und der Sektor der unternehmensbezogenen Dienstleistungen, wie etwa Bauplanung und Bauleitung. Der „indirekte Beschäftigungseffekt“ umfasst die Arbeitsplätze, die in den Sektoren geschaffen oder gesichert wurden, die die Vorleistungen für die Bausektoren erbringen.⁸

Für die Verteilung der zusätzlichen Investitionsnachfrage auf die drei Bausektoren Hoch- und Tiefbau, Ausbaugewerbe und unternehmensbezogene Dienstleistungen wird ein Verhältnis

⁶ Die Vorgehensweise orientiert sich an: IWU / BEI (2011) Monitoring der KfW-Programme ‚Energieeffizient Sanieren‘ 2010 und ‚Ökologisch / Energieeffizient Bauen‘ 2006–2010, Frankfurt, Anlage 5, Erläuterungen zur Methodik der Beschäftigungsanalyse.

⁷ Bleses, P. (2007) Input-Output-Rechnung, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 1/2007, hrsg. v. Statistischen Bundesamt, Wiesbaden.

⁸ Für die Berechnungen wurde davon ausgegangen, dass eine zusätzliche Nachfrage bei den Bausektoren, ausgelöst durch die Investitionen der Kommunen, in gleichem Maß auf die Beschäftigung der Bau- und Vorleistungssektoren wirkt, wie dies bereits bei den Güterströmen der Vergangenheit der Fall war, d. h. es existieren keine fallenden Grenzerträge zusätzlicher Investitionen.

von 60 / 20 / 20 geschätzt.⁹ Dabei werden jedoch die Netto- und nicht die gesamten Bruttoinvestitionen hinzugezogen, da 19 % der induzierten Bruttoinvestitionen als Umsatzsteuer nicht in die Leistungen der Unternehmen fließen, sondern dem Staat zugutekommen. Tabelle 6 zeigt, wie sich das Nettoinvestitionsvolumen auf die drei genannten Bausektoren verteilt.

Tabelle 6: Investitionsnachfrage in den Bausektoren

	Brutto-Investitionsvol. (Mio. EUR)	Nettoinvestitionsvolumen (Mio. EUR)			
		Gesamt (ohne 19 % USt)	Hoch- und Tiefbau (60 %)	Ausbaugewerbe (20 %)	Bauplanung / Bauleitung (20 %)
Investitionsoffensive Infrastruktur	3.771,8	3.169,6	1.901,8	633,9	633,9

Quelle: KfW eigene Daten; Berechnungen der KfW.

In einem zweiten Schritt werden mithilfe der Input-Output-Tabellen aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die für die drei Bausektoren spezifischen Beschäftigungseffekte ermittelt. Tabelle 7 gibt an, welche Beschäftigungseffekte die einzelnen Bausektoren in allen Wirtschaftssektoren auslösen.¹⁰

Tabelle 7: Summe der Beschäftigungseffekte in Personenjahren je 100 Mio. EUR Nettoinvestitionen für das Jahr 2010

	Hoch- und Tiefbau	Ausbaugewerbe	Bauplanung / Bauleitung (= unternehmensbezogene Dienstleistungen)
Summe	1.565	1.539	1.804

Quelle: VGR 2010.¹¹

So entstehen pro 100 Mio. EUR Nettoinvestitionen z. B. im Hoch- und Tiefbausektor über alle Sektoren hinweg Beschäftigungseffekte in Höhe von 1.565 Personenjahren.¹² Tabelle 7 zeigt, dass Investitionen im Bau-Dienstleistungssektor einen vergleichsweise höheren Be-

⁹ In der Evaluierung des Teilprogramms „Grundsanierung und energetische Sanierung von Gebäuden“ des zweiten Konjunkturprogramms der Bundesregierung wird aus den Angaben zur Mittelverwendung ein Verhältnis von 40 / 40 / 20 abgeleitet. Vgl. Clausnitzer / Gabriel / von Hebel / Ludwig (2011) Evaluierung des Mitteleinsatzes des Zweiten Konjunkturprogramms 2009–2010 der Bundesregierung im Teilprogramm „Grundsanierung und energetische Sanierung von Gebäuden“, Dritter Zwischenbericht zum 31.12.2010, hrsg. v. Bremer Energieinstitut, S. 57. Aufgrund des höheren Anteils von Hoch- und Tiefbau in der Investitionsoffensive Infrastruktur wird in der vorliegenden Schätzung der Beschäftigung von einem Verhältnis von 60 / 20 / 20 ausgegangen. Hierbei handelt es sich um eine grobe Abschätzung auf Basis von Plausibilisierungen.

¹⁰ Dabei ist zu beachten, dass die drei genannten Bausektoren auch Leistungen an sich liefern, d. h. Unternehmen eines Sektors liefern Leistungen an Unternehmen des selben Sektors.

¹¹ Die ausführlichen Tabellen werden hier nicht wiedergegeben. Vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) des Bundes – Input-Output-Rechnung 2007, Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 2, August 2010.

¹² Ein Personenjahr bedeutet, dass ein Vollzeit-Arbeitsplatz (40 Stunden pro Woche) für ein Jahr geschaffen oder gesichert wurde.

schäftigungseffekt nach sich ziehen. Der Grund hierfür liegt darin, dass in diesem Sektor ein geringerer Materialeinsatz mitfinanziert werden muss als in den beiden übrigen Sektoren.¹³

Auf dieser Basis lässt sich nun der Gesamtmultiplikator berechnen. Die Beschäftigungseffekte müssen auf die tatsächlich getätigten Nettoinvestitionen der Investitionsoffensive Infrastruktur im jeweiligen Bausektor bezogen werden. Der so errechnete Gesamtbeschäftigungseffekt wird dann in einem zweiten Schritt auf die Brutto-Investitionen bezogen, da bei den Kommunen die Bruttosumme an Investitionen als Ausgaben zu Buche schlägt. In folgender Formel ist das Ergebnis festgehalten:

$$\text{Beschäftigungsmultiplikator} = \frac{BI}{100} \sum \alpha_s \cdot PJ_s$$

BI : Brutto-Investitionen

α_s : Anteil des jeweiligen Sektors an den Nettoinvestitionen

PJ_s : Anzahl der Personenjahre (PJ) des jeweiligen Sektors pro 100 Mio. EUR Nettoinvestitionen

Als Ergebnis erhält man einen Beschäftigungsmultiplikator von rund 13,5. Dieser besagt, dass pro ausgegebenen 1 Mio. EUR der Kommunen 13,5 Vollzeit-Arbeitsplätze geschaffen bzw. für ein Jahr gesichert wurden. Mit diesem Multiplikator von 13,5 ist es möglich, sowohl den Gesamtbeschäftigungseffekt als auch die Beschäftigungseffekte differenziert nach Bundesländern und Sektoren zu berechnen.

Der monetäre Multiplikator

Auch zur Berechnung des so genannten monetären Multiplikators, der die Wirkung von zusätzlichen Investitionen auf das Bruttoinlandsprodukt angibt, wird auf die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zurückgegriffen. Daraus lassen sich, wie in Tabelle 8. ersichtlich, die Steigerungen des Bruttoinlandsprodukts durch zusätzliche Investitionen in den Bausektoren ablesen.

¹³ Vgl. IWU / BEI (2011) Erläuterungen zur Methodik der Beschäftigungsanalyse, Anlage 5 zum Gutachten „Monitoring der KfW-Programme ‚Energieeffizient Sanieren‘ 2010 und ‚Ökologisch / Energieeffizient Bauen‘ 2006–2010“, Frankfurt, S. 1.

Tabelle 8: Berechnung monetärer Multiplikator

	Nettoinvestitionen (Mio. EUR)				Monetärer Multiplikator
	Hoch- und Tiefbau	Ausbaugewerbe	Bauplanung / Bauleitung	Effekte Vorleistungssektoren	
Hoch- und Tiefbau	100,0			91,5	1,92
Ausbaugewerbe		100,0		73,9	1,74
Bauplanung / Bauleitung			100,0	49,3	1,49
„Verteilter Impuls“ aus Investitionsoffensive Infrastruktur	60,0	20,0	20,0	79,5	1,80

Quelle: Berechnungen der KfW auf Basis IWU / BEI (2011) Anlage 5, S. 10.

Die monetären Multiplikatoren in der rechten Spalte bedeuten, dass bei einer Investition von z. B. 100 Mio. EUR in den Hoch- und Tiefbau-Sektor, in den Vorleistungssektoren weitere 91,5 Mio. EUR Umsatz getätigt wird. Daher würde sich das Bruttoinlandsprodukt um insgesamt rund 192 Mio. EUR erhöhen. So existiert für jeden der drei Bausektoren ein eigener, monetärer Multiplikator.

Für die Investitionen der Investitionsoffensive Infrastruktur wurde das Verhältnis von 60 / 20 / 20 angenommen, mit dem die Nettoinvestitionen auf die drei Sektoren verteilt werden. Durch einfache Multiplikation mit den jeweilig ermittelten Effekten in den Vorleistungssektoren ergibt sich der Gesamtmultiplikator von 1,8, mit dem die Wirkung der Nettoinvestitionen auf das Bruttoinlandsprodukt berechnet wird.

Bei dem hier verwendeten Multiplikator handelt es sich um eine „konservative“ und lediglich grobe Abschätzung der monetären Multiplikatorwirkung.¹⁴ Dabei wird darauf verzichtet, die Einkommenseffekte zu berechnen, die durch die zusätzlichen Faktoreinkommen in den Vorleistungssektoren geschaffen werden. Die Beschäftigten bzw. die neu Eingestellten der Vorleistungssektoren entwickeln nämlich durch das zusätzliche geschaffene Einkommen eine zusätzliche Konsumnachfrage, die wiederum den Konsumgütersektoren zugutekommt. Insgesamt würde dadurch der Multiplikator höher ausfallen.

¹⁴ Hansen et al. (2010) Wirtschaftliche Effekte des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms der KfW für die Förderjahre 2005 bis 2007, Energiewirtschaftliche Tagesfragen, Jg. 60, Heft 4, S. 16–22.

5. Die Breitenwirkung der Investitionsoffensive Infrastruktur

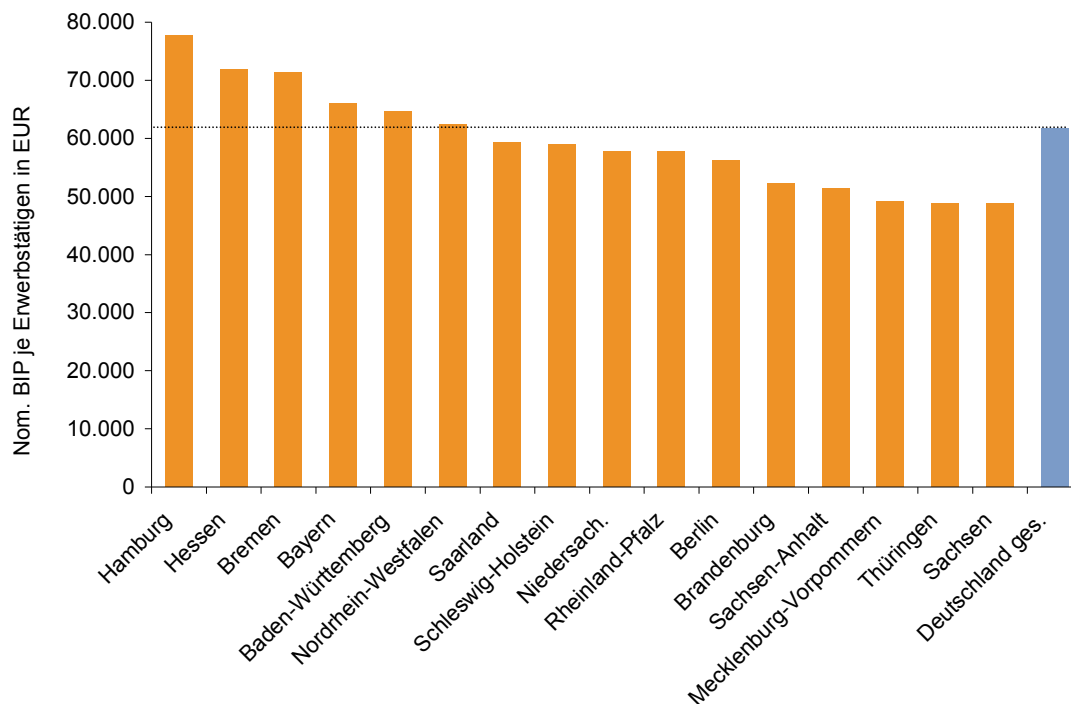
Ziel der Förderung im Rahmen der Investitionsoffensive Infrastruktur war die zinsgünstige Finanzierung von Investitionsmaßnahmen in die kommunale und soziale Infrastruktur strukturschwacher Regionen und Kommunen. Im Fokus standen dabei die Regionalfördergebiete – A-, C-, und D-Fördergebiete – der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW). Zudem wurden Kommunen in einer Haushaltsnot- oder Haushaltssicherungslage bei der Förderung berücksichtigt. Im Folgenden soll die Breitenwirkung der Programme der Investitionsoffensive näher untersucht werden, d. h. inwieweit die einzelnen Bundesländer die Förderung in Anspruch genommen haben und ob es gelungen ist, mit der Investitionsoffensive Infrastruktur insbesondere die wirtschaftsschwachen Regionen in der Breite zu erreichen. Die wirtschaftliche Situation in den Bundesländern, die im Fokus der Förderung der Investitionsoffensive Infrastruktur standen, wird hierzu zunächst anhand von Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Erwerbstätigen sowie Arbeitslosenquote analysiert.

5.1 Die wirtschaftliche Situation in den deutschen Bundesländern

Die aktuellen Fördergebiete für den Zeitraum 2007 bis 2013 wurden im Februar 2006 beschlossen. Ein Vergleich der Wirtschaftsleistung je Einwohner im Jahr 2010 zeigt, dass die 2006 festgestellten Disparitäten nach wie vor bestehen. Das nominale BIP pro Einwohner bewegte sich innerhalb Deutschlands zwischen den Bundesländern in einer Spanne von 71 bis 162 % im Vergleich zum gesamtdeutschen Durchschnitt (Tabelle A.7 im Anhang). Zwischen den Ländern – insbesondere Ost und West – ist damit nach wie vor ein ausgeprägtes Regionalgefälle der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung zu beobachten. Dieses Bild ändert sich nur wenig, wenn das BIP statt auf Einwohner auf Erwerbstätige bezogen und damit um den Effekt von Berufseinpendlern bereinigt wird (Grafik 2).¹⁵ Die Differenz der Wirtschaftskraft zwischen den Bundesländern reduziert sich zwar auf eine Spanne von 79 bis 126 % des gesamtdeutschen Werts, die Reihenfolge bleibt jedoch gleich. Hamburg, Hessen, Bremen, Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen liegen über dem gesamtdeutschen Durchschnitt, während das Saarland, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und alle ostdeutschen Bundesländer zum Teil deutlich darunter liegen. Unter den fünf neuen Bundesländern erreichte Brandenburg mit rd. 52.200 EUR (15 % unter dem Bundesdurch-

¹⁵ Regionen mit hohem Einpendlerüberhang, wie beispielsweise Hamburg oder Bremen, können so ein vergleichsweise hohes regionales BIP je Einwohner aufweisen, während diese Kenngröße für die umliegenden Regionen, in denen die Pendler üblicherweise wohnen (wie z. B. in Mecklenburg-Vorpommern), unterschätzt wird. Vgl. Statistisches Bundesamt (2006), Die Bundesländer: Strukturen und Entwicklungen – Ausgabe 2005, Wiesbaden, S. 67.

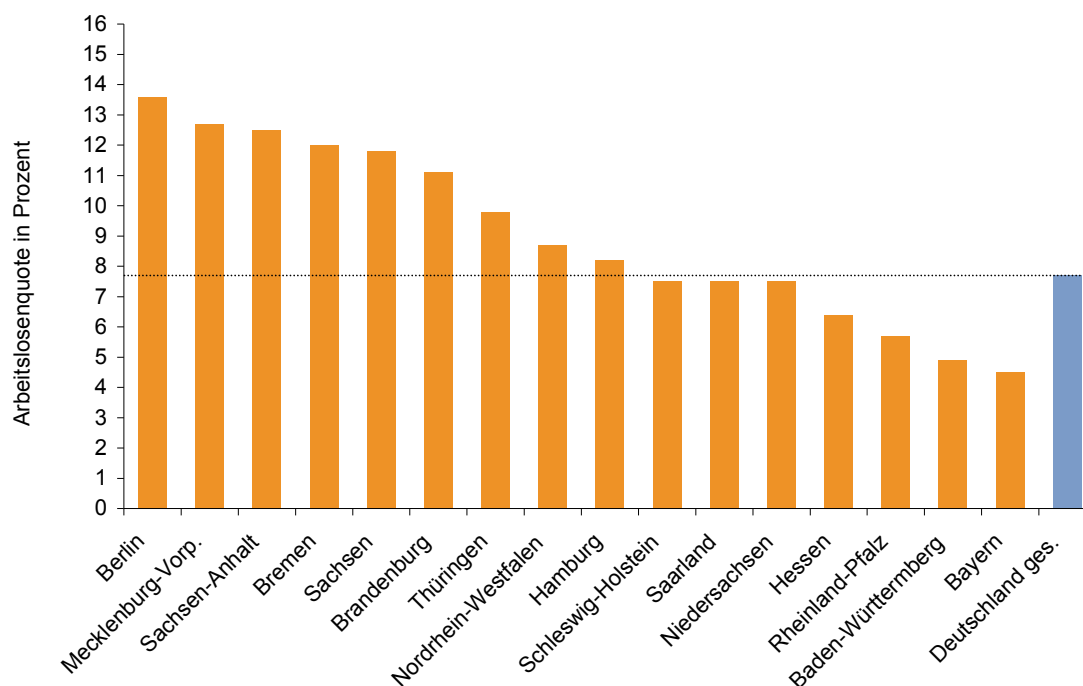
schnitt) das höchste BIP je Erwerbstätigem. Am Ende der Rangliste rangieren Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen.



Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (2011), Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2010, Reihe 1, Band 1, Frankfurt a. M.

Grafik 2: Nominales BIP je Erwerbstätigem in EUR, Bundesländervergleich 2010

Die ökonomischen Disparitäten zwischen den Bundesländern zeigen sich auch deutlich in den Arbeitslosenquoten (Grafik 3). Mit einer Quote von 13,6 % im Jahr 2010 und damit fast sechs Prozentpunkte über dem bundesdeutschen Durchschnitt führt Berlin das Bundesländerranking an (s. Tabelle A.7 im Anhang für die detaillierten Zahlen). Auf die Bundeshauptstadt folgen (in absteigender Reihenfolge) Mecklenburg-Vorpommern (12,7 %), Sachsen-Anhalt (12,5 %), Bremen (12,0 %), Sachsen (11,8 %) bis hin zum Stadtstaat Hamburg (8,2 %), der im Jahr 2010 eine moderat über dem gesamtdeutschen Durchschnitt liegende Arbeitslosigkeit aufwies. Mit jeweils 7,5 % weisen Schleswig-Holstein, das Saarland sowie Niedersachsen eine in Bundesbetrachtung unterdurchschnittliche Arbeitslosigkeit auf. Bayern und Baden-Württemberg schließen das Länderranking mit einer Arbeitslosenquote von 4,5 bzw. 4,9 % ab.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2011), Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Arbeitsmarkt in Zahlen, Nürnberg.

Grafik 3: Arbeitslosenquote 2010 (in Prozent) im Bundesländervergleich

Auf Bundesländerebene zeigt sich demnach, dass nach wie vor die ostdeutschen Bundesländer – allesamt A-Fördergebiete der GRW – nach der Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigem und der Arbeitslosigkeit wirtschaftlich am schwächsten in Deutschland dastehen. In einer ähnlichen Situation findet sich Berlin wieder (klassifiziert als C- bzw. D-Fördergebiet). Das Saarland, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz weisen ein unterdurchschnittliches BIP je Erwerbstätigem aus, liegen allerdings auch mit der Arbeitslosenquote unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Die Stadtstaaten Hamburg und Bremen sind umgekehrt durch eine überdurchschnittliche Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigem, aber auch durch eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote gekennzeichnet. Nordrhein-Westfalen liegt bei beiden Kennziffern auf Länderebene nahe am Bundesdurchschnitt. Lediglich Hessen, Bayern und Baden-Württemberg können sowohl ein überdurchschnittliches BIP pro Erwerbstätigem als auch unterdurchschnittliche Arbeitslosenquoten vorweisen. Von allen Bundesländern sind allein in Hamburg und Baden-Württemberg keine Gemeinden als Fördergebiete im Rahmen der GRW klassifiziert. Alle anderen alten Bundesländern weisen C- und D-Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe auf.

5.2 Partizipation der Bundesländer an der Investitionsoffensive Infrastruktur

Durch die Programme der Investitionsoffensive Infrastruktur wurden in den Jahren 2009 und 2010 Vorhaben in insgesamt 936 Städten und Gemeinden (mit-)finanziert. Die Einwohnerzahl dieser Kommunen beträgt über 22,5 Mio., d. h. mehr als jeder vierte Bundesbürger hat

von der Förderung durch die Investitionsoffensive profitiert. Der Überblick nach Bundesländern in Tabelle 9 zeigt, dass bis auf Hamburg (kein GRW-Fördergebiet) alle Bundesländer an der Investitionsoffensive Infrastruktur partizipiert haben. Dies gilt selbst für Baden-Württemberg, obgleich das Bundesland kein Fördergebiet im Sinn der Gemeinschaftsaufgabe aufweist. Trotz der hohen Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigem und einer der geringsten Arbeitslosenquoten auf Bundesländerebene befinden sich jedoch auch in Baden-Württemberg eine nicht unerhebliche Zahl von Städten und Gemeinden in einer Haushaltsnot- bzw. Haushaltssicherungslage. Dreiunddreißig dieser Kommunen haben eine Unterstützung ihrer Investitionstätigkeit durch die Investitionsoffensive erhalten.

Nach Zahl der Gemeinden führt Bayern in der Liste der Bundesländer mit 211 geförderten Gemeinden (Tabelle 9), gefolgt von Niedersachsen (127), Thüringen (103) und Sachsen (87). Die Zahl der Gemeinden ist für die Breitenwirkung der Programme allerdings kein aussagekräftiger Indikator, da sehr unterschiedliche Gemeindegrößen und damit die Zahl erreichter Einwohner dahinter stehen. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der Stadtstaaten. Fasst man die Bevölkerung in den Gemeinden, die Infrastrukturvorhaben mit Unterstützung der Investitionsoffensive umgesetzt haben, pro Bundesland zusammen, so ergibt sich ein anderes Bild. Nach Anzahl der geförderten Bevölkerung führt der Stadtstaat Berlin mit seinen rd. 3,4 Mio. Einwohnern das Länderranking an (s. Spalte 3, Tabelle 9). Nordrhein-Westfalen (mit 3,3 Mio. Einwohnern in den entsprechenden Investitionsorten), Niedersachsen (2,8 Mio.), Sachsen (2,4 Mio.) und Bayern (2,1 Mio.) folgen auf den weiteren Plätzen.

Für die regionale Breitenwirkung der Programme ist jedoch nicht die absolute Anzahl der geförderten Einwohner wesentlich, sondern welchen Anteil diese an der Gesamtbevölkerung eines Bundeslandes ausmachen. Je höher dieser Anteil, desto breiter die Wirkung der Investitionsoffensive in dem jeweiligen Bundesland. Analysiert man den Anteil der Bevölkerung der Investitionsorte an der Gesamtbevölkerung des jeweiligen Bundeslandes (Spalte 5, Tabelle 9), so finden sich auf den ersten beiden Plätzen – wie zu erwarten – mit Berlin und Bremen die beiden Stadtstaaten wieder, die eine Förderung in Anspruch nehmen konnten. Mit Partizipationsraten zwischen 67 und 45 % folgen danach die fünf neuen Bundesländer. Die Untersuchung zeigt damit sehr deutlich, dass die wirtschaftsschwächsten Bundesländer der A-Fördergebiete bezogen auf den jeweiligen Bevölkerungsanteil tatsächlich am stärksten von der Förderung durch die Investitionsoffensive Infrastruktur profitiert haben. Eine Breitenwirkung im Sinne erreichter Einwohner konnte damit insbesondere in den Bundesländern erreicht werden, die die wichtigste Zielgruppe der Förderung darstellten.

Tabelle 9: Bevölkerungsanteil des jeweiligen Bundeslandes, der an der Förderung aus der Investitionsoffensive Infrastruktur partizipiert hat

	Anzahl der Investitionsorte je Bundesland	Bevölkerung der Investitionsorte je Bundesland	Gesamtbevölkerung des jew. Bundeslandes am 31.12.2009	Anteil der Bevölkerung der Investitionsorte an der Gesamtbevölkerung des jew. Bundeslandes in Prozent
Berlin	1	3.442.675	3.442.675	100,0 %
Bremen	1	547.685	661.716	82,8 %
Sachsen-Anhalt	61	1.566.061	2.356.219	66,5 %
Sachsen	87	2.443.723	4.168.732	58,6 %
Thüringen	103	1.202.361	2.249.882	53,4 %
Mecklenburg-Vorpommern	63	801.373	1.651.216	48,5 %
Brandenburg	59	1.119.169	2.511.525	44,6 %
Niedersachsen	127	2.787.050	7.928.815	35,2 %
Schleswig-Holstein	73	900.393	2.832.027	31,8 %
Nordrhein-Westfalen	31	3.296.761	17.872.763	18,4 %
Bayern	211	2.063.016	12.510.331	16,5 %
Rheinland-Pfalz	40	526.872	4.012.675	13,1 %
Baden-Württemberg	33	1.112.159	10.744.921	10,4 %
Hessen	43	628.098	6.061.951	10,4 %
Saarland	3	96.913	1.022.585	9,5 %
Hamburg	-	-	1.774.224	-
Insgesamt	936	22.534.309	81.802.257	27,5 %

Quellen: KfW eigene Daten; Statistisches Bundesamt (2011) Bevölkerung nach Bundesländern, Wiesbaden.

In Schleswig-Holstein und Niedersachsen, die ebenso zu den wirtschaftsschwächeren Bundesländern gehören, wurde noch etwa jeweils ein Drittel der Wohnbevölkerung mit den ausgereichten Fördermitteln erreicht. Deutlich geringere Anteile – und damit Breitenwirkung im Sinne des erreichten Einwohneranteils – zeigen sich in Nordrhein-Westfalen (18 %), Bayern (17 %), Rheinland-Pfalz (13 %) und Hessen (10 %). In Baden-Württemberg partizipierten rund 10 % der Bevölkerung. Das Schlusslicht bildet das Saarland mit einem Anteil von 9,5 %. Unter den wirtschaftsschwächeren Bundesländern liegt die Breitenwirkung damit lediglich im Saarland und in Rheinland-Pfalz relativ niedrig. In allen anderen Bundesländern gilt, dass die Investitionsoffensive Infrastruktur eine deutlich überdurchschnittliche Breitenwirkung in den wirtschaftlich schwächeren Bundesländern entwickelt hat. Umgekehrt profitierte in den Bundesländern mit einer hohen Wirtschaftsleistung pro Erwerbstätigem nur ein

relativ geringer Anteil der Bevölkerung von den eingesetzten Fördermitteln. Insgesamt wurden mit den Programmen der Investitionsoffensive Infrastruktur fast 28 % der gesamtdeutschen Bevölkerung erreicht.

Betrachtet man in einem zweiten Schritt die Förderintensität anhand des zugesagten Kreditvolumens pro Einwohner, so zeigt sich, dass auch hinsichtlich der Förderintensität die schwächsten Bundesländer am stärksten von der Investitionsoffensive Infrastruktur profitiert haben (Tabelle 10). Die höchsten Kreditvolumina pro Einwohner wurden in Sachsen-Anhalt mit 80 EUR und in Brandenburg mit 77 EUR pro Einwohner in Anspruch genommen. Es folgen Thüringen (62 EUR), Sachsen (56 EUR), Berlin (52 EUR) und Mecklenburg-Vorpommern (44 EUR). Mit geringeren Beträgen beim zugesagten Pro-Kopf-Kreditvolumen, die allerdings immer noch etwa dem Bundesdurchschnitt entsprachen, partizipierten aber auch Niedersachsen, Bayern und Schleswig-Holstein. Durchschnittlich entfielen im Programmzeitraum insgesamt 23 EUR an zugesagtem Kreditvolumen auf jeden Einwohner der Bundesrepublik Deutschland.

Ähnliche Ergebnisse liefert die regionale Verteilung des Investitionsvolumens je Einwohner. Auch in dieser Betrachtungsweise hat die Bevölkerung Berlins und der fünf neuen Bundesländer von der Förderung im Rahmen der Investitionsoffensive Infrastruktur am stärksten profitiert. Berlin mit einer im Bundesdurchschnitt unterdurchschnittlichen Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigem und hoher Arbeitslosigkeit belegt mit einem Pro-Kopf-Investitionsvolumen von rd. 246 EUR Platz eins, gefolgt von Brandenburg (157 EUR), Sachsen-Anhalt (128 EUR) bis hin zu Mecklenburg-Vorpommern (78 EUR). Weiterhin profitierten Niedersachsen (50 EUR), Bayern (43 EUR) und Schleswig-Holstein (38 EUR) von den über die KfW-Programme geförderten Investitionen. Deutlich unterdurchschnittlich partizipierten hingegen Hessen (21 EUR), Rheinland-Pfalz (16 EUR), Baden-Württemberg (10 EUR), das Saarland (8 EUR) und das bevölkerungsreichste deutsche Bundesland Nordrhein-Westfalen mit einem Investitionsvolumen von 6 EUR pro Einwohner.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Bundesländer, die im Fokus der Investitionsoffensive Infrastruktur standen, von dieser Förderung in der Regel tatsächlich auch am stärksten partizipiert und profitiert haben. Dies gilt sowohl für die Breitenwirkung, im Sinn des erreichten Einwohneranteils im Bundesland, als auch für die Förderintensität, hier untersucht anhand des Kredit- und Investitionsvolumens pro Einwohner. Eindeutig ist dieser Befund im Fall der neuen Bundesländer (inkl. Berlin) und damit den Regionen in Deutschland, die auch zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung nach wie vor deutliche ökonomische Unterschiede zu den alten Bundesländern aufweisen. Von den wirtschaftsschwächeren alten Bundesländern profitierten weiterhin Niedersachsen und Schleswig-Holstein hinsichtlich des Einwohneranteils überproportional von den geförderten Investitionen. Rheinland-Pfalz und das

Saarland, die ebenfalls auf Bundeslandebene eine unterdurchschnittliche Wirtschaftsleistung pro Erwerbstätigem aufweisen, haben hingegen unterdurchschnittlich an der Investitionsoffensive Infrastruktur partizipiert.

Tabelle 10: Verteilung des Zusage- und Investitionsvolumens auf die Bundesländer unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl

	Kreditvolumen in Mio. EUR	Investitionsvolumen in Mio. EUR	Kreditvolumen pro Einwohner in EUR	Investitionsvolumen pro Einwohner in EUR
Sachsen-Anhalt	188,3	301,1	79,9	127,8
Brandenburg	192,5	395,4	76,7	157,4
Thüringen	138,8	264,3	61,7	117,4
Sachsen	234,7	362,2	56,3	86,9
Berlin	178,2	846,6	51,8	245,9
Mecklenburg-Vorpommern	72,5	129,4	43,9	78,4
Niedersachsen	247,0	396,3	31,2	50,0
Bayern	300,4	542,8	24,0	43,4
Schleswig-Holstein	58,6	107,1	20,7	37,8
Bremen	10,2	11,0	15,3	16,6
Hessen	81,0	124,0	13,4	20,5
Rheinland-Pfalz	32,2	65,5	8,0	16,3
Baden-Württemberg	68,7	105,5	6,4	9,8
Nordrhein-Westfalen	77,9	112,8	4,4	6,3
Saarland	4,2	7,8	4,1	7,6
Insgesamt	1.885,2	3.771,8	23,0	46,1

Quellen: KfW eigene Daten; Statistisches Bundesamt (2011) Bevölkerung nach Bundesländern, Wiesbaden.

6. Förderleistung der Investitionsoffensive Infrastruktur

Für die Zinsverbilligung der Programme der Investitionsoffensive Infrastruktur wurden Bundesmittel von insgesamt 164,5 Mio. EUR gebunden¹⁶.

Diese verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Programme:

Tabelle 11: Förderleistung der Investitionsoffensive Infrastruktur

	Förderleistung des Bundes in Mio. EUR	Anteil
Pr. 207	93,1	56,6 %
Pr. 211	43,3	26,3 %
Pr. 212	28,1	17,1 %
Gesamt	164,5	100,0 %

Quelle: KfW eigene Daten.

Unter Berücksichtigung der insgesamt angestoßenen Investitionen von 3.771,8 Mio. EUR wurde ein Förderhebel von 1 zu 22,93 erreicht. Dies bedeutet, dass mit jedem Euro an Bundesmitteln durchschnittlich fast 23 EUR an Investitionen in die kommunale und soziale Infrastruktur initiiert wurden.

Hinsichtlich der im Rahmen der Investitionsoffensive Infrastruktur zur Verfügung gestellten Zinsverbilligung aus Bundesmitteln zeigt sich, dass insbesondere die neuen Bundesländer überdurchschnittlich davon profitieren. Die meisten Bundesmittel pro Kopf wurden mit 7,00 EUR je Einwohner in Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellt. Auf den Plätzen zwei und drei folgen Brandenburg (6,73 EUR je Einwohner) und Thüringen (5,41 EUR je Einwohner). Nähere Angaben können der Tabelle A.8 im Anhang entnommen werden.

¹⁶ Stand 07.09.2011

7. Zusammenfassung

Als Teil des im November 2008 verabschiedeten Konjunkturprogramms der Bundesregierung „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ wurden die Kreditprogramme der Investitionsoffensive Infrastruktur beschlossen. Bei der Gestaltung dieser Programme wurde auf die bestehenden Erfahrungen der KfW im Kommunalkreditbereich zurückgegriffen. Analog zur zielgruppenorientierten Ausrichtung in den KfW-Eigenprogrammen wurden im Rahmen der Investitionsoffensive Infrastruktur drei Kreditangebote geschaffen, Direktkredite für Kommunen sowie bankdurchgeleitete Kredite für gemeinnützige Organisationen und kommunale Unternehmen.

Im Rahmen der Investitionsoffensive Infrastruktur wurde das maximale Zusagevolumen auf 3 Mrd. EUR (jeweils 1,5 Mrd. in 2009 und 2010) festgelegt. Programmstart war am 01.04.2009. Durch die bei Infrastrukturvorhaben notwendigen Vorlaufzeiten wurden im Jahr 2009 nur 0,6 Mrd. EUR in Anspruch genommen, während 2010¹⁷ mit Zusagen von 1,3 Mrd. EUR die zur Verfügung stehenden Mittel fast vollständig ausgeschöpft wurden.

Das Hauptziel der Investitionsoffensive Infrastruktur, die Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung, wurde vollumfänglich erreicht. Mit Bundesmitteln in Höhe von 164,5 Mio. EUR wurden zinsverbilligte KfW-Kredite in Höhe von insgesamt 1.885,2 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Dadurch wurden Gesamtinvestitionen von 3.771,8 Mio. EUR angestoßen. Damit konnten insgesamt geschätzt rund 50.000 Vollzeit-Arbeitsplätze neu geschaffen bzw. für ein Jahr gesichert werden. Im Rahmen der Investitionsoffensive Infrastruktur wurde ein durchschnittlicher Förderhebel von mehr als 1 zu 23 erreicht.

Die Programme der Investitionsoffensive Infrastruktur waren auf strukturschwache Regionen und Kommunen mit schwieriger Haushaltslage konzentriert. Damit sollte ein Beitrag zu einer ausgeglichenen Wirtschaftsentwicklung in Deutschland geleistet werden. Die Zusagezahlen pro Einwohner zeigen, dass die Kredite schwerpunktmäßig in die strukturschwachen Bundesländer geflossen sind. Die höchsten Kreditvolumina pro Einwohner wurden in Sachsen-Anhalt mit 80 EUR und in Brandenburg mit 77 EUR pro Einwohner in Anspruch genommen. Es folgen Thüringen (62 EUR), Sachsen (56 EUR), Berlin (52 EUR), Mecklenburg-Vorpommern (44 EUR) sowie Niedersachsen (31 EUR), Bayern (24 EUR – wegen einer Vielzahl von Kommunen in schwieriger Haushaltslage) und Schleswig-Holstein (21 EUR).

¹⁷ Inklusive Restzusagen in 2011

Hinsichtlich der (mit-)finanzierten Verwendungszwecke flossen die größten Kreditvolumina in den Bereich Schulen und Kindergärten (485,8 Mio. EUR), gefolgt von Krankenhäusern, Alten- und Behinderteneinrichtungen (424,3 Mio. EUR) sowie der Abwasserentsorgung (191,9 Mio. EUR). Dabei handelt es sich um die Bereiche, in denen gemäß KfW-Kommunalpanel 2010 auch der größte Investitionsrückstau identifiziert wurde.

Trotz der fehlenden Vorlaufzeit und der hieraus resultierenden zögerlichen Inanspruchnahme im Jahr 2009 können die Programme der Investitionsoffensive Infrastruktur insgesamt sowohl in beschäftigungspolitischer als auch in konjunktur- und regionalpolitischer Hinsicht als Erfolg eingeschätzt werden.

Anhang

Tabelle A.1: Regionale Verteilung der Kreditnehmeranzahl, der Zahl der Kredite und des Kreditvolumens für das Programm Kommunalkredit – Investitionsoffensive Infrastruktur (Programmnr. 207)

	Zahl Kreditnehmer	Zahl der Kredite	Anteil	Kredite in Mio. EUR	Anteil
Baden-Württemberg	34	63	5,3 %	68,69	6,4 %
Bayern	209	368	30,7 %	279,81	26,1 %
Hessen	44	76	6,3 %	81,04	7,6 %
Niedersachsen	105	188	15,7 %	188,24	17,5 %
Nordrhein-Westfalen	24	41	3,4 %	66,41	6,2 %
Rheinland-Pfalz	34	59	4,9 %	28,39	2,6 %
Saarland	2	2	0,2 %	3,56	0,3 %
Schleswig-Holstein	64	104	8,7 %	41,08	3,8 %
Brandenburg	23	33	2,8 %	24,10	2,3 %
Mecklenburg-Vorpommern	45	77	6,4 %	36,29	3,4 %
Sachsen	38	60	5,0 %	72,50	6,8 %
Sachsen-Anhalt	27	40	3,3 %	34,32	3,2 %
Thüringen	67	85	7,1 %	28,92	2,7 %
Berlin	1	2	0,2 %	119,32	11,1 %
Bremen	-	-	-	-	-
Hamburg	-	-	-	-	-
Insgesamt	717	1.198	100,0 %	1.072,67	100,0 %

Quelle: KfW eigene Daten.

Tabelle A.2: Regionale Verteilung der Kreditnehmeranzahl, der Zahl der Kredite und des Kreditvolumens für das Programm Sozial Investieren – Investitionsoffensive Infrastruktur (Programmnr. 211)

	Zahl Kreditnehmer	Zahl der Kredite	Anteil	Kredite in Mio. EUR	Anteil
Baden-Württemberg	-	-	-	-	-
Bayern	6	7	1,2 %	4,06	0,8 %
Hessen	-	-	-	-	-
Niedersachsen	47	66	11,4 %	40,58	8,3 %
Nordrhein-Westfalen	11	11	1,9 %	6,51	1,3 %
Rheinland-Pfalz	5	5	0,9 %	2,72	0,6 %
Saarland	1	1	0,2 %	0,60	0,1 %
Schleswig-Holstein	14	14	2,4 %	11,45	2,3 %
Brandenburg	52	81	14,0 %	126,24	25,7 %
Mecklenburg-Vorpommern	29	45	7,8 %	28,81	5,9 %
Sachsen	66	103	17,8 %	86,29	17,5 %
Sachsen-Anhalt	58	99	17,1 %	60,16	12,2 %
Thüringen	70	119	20,6 %	77,27	15,7 %
Berlin	19	23	4,0 %	37,02	7,5 %
Bremen	4	4	0,7 %	10,15	2,1 %
Hamburg	-	-	-	-	-
Insgesamt	382	578	100,0 %	491,88	100,0 %

Quelle: KfW eigene Daten.

Tabelle A.3: Regionale Verteilung der Kreditnehmeranzahl, der Zahl der Kredite und des Kreditvolumens für das Programm Kommunal Investieren – Investitionsoffensive Infrastruktur (Programmnr. 212)

	Zahl Kreditnehmer	Zahl der Kredite	Anteil	Kredite in Mio. EUR	Anteil
Baden-Württemberg	-	-	-	-	-
Bayern	5	6	3,7 %	16,53	5,2 %
Hessen	-	-	-	-	-
Niedersachsen	10	12	7,4 %	18,17	5,7 %
Nordrhein-Westfalen	1	1	0,6 %	5,00	1,5 %
Rheinland-Pfalz	1	1	0,6 %	1,08	0,3 %
Saarland	-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	4	4	2,5 %	6,04	1,9 %
Brandenburg	14	17	10,5 %	42,18	13,1 %
Mecklenburg-Vorpommern	5	8	4,9 %	7,43	2,3 %
Sachsen	31	53	32,7 %	75,89	23,7 %
Sachsen-Anhang	29	38	23,5 %	93,85	29,3 %
Thüringen	14	17	10,5 %	32,62	10,2 %
Berlin	2	5	3,1 %	21,82	6,8 %
Bremen	-	-	-	-	-
Hamburg	-	-	-	-	-
Insgesamt	116	162	100,0 %	320,61	100,0 %

Quelle: KfW eigene Daten.

Tabelle A.4: Zusagevolumen nach Verwendungszwecken für das Programm Kommunalkredit – Investitionsoffensive Infrastruktur (Programmnr. 207)

	Kreditvolumen in Mio. EUR	Anteil am Kreditvolumen	Anzahl Kreditnehmer	Anzahl Zusagen
Abfallwirtschaft	20,53	1,9 %	8	12
Abwasserentsorgung	168,76	15,7 %	138	195
Baulanderschließung	3,83	0,4 %	16	17
Energieeinsparung	55,07	5,1 %	156	179
Schulen, Kindergärten	393,55	36,7 %	340	490
Krankenhäuser u. ä. ¹⁸	19,19	1,8 %	11	15
Stadt- u. Dorfentwicklung	126,73	11,8 %	217	272
Verkehrsinfrastruktur	152,95	14,3 %	222	294
Verwaltungsgebäude	57,29	5,3 %	77	85
Wasserversorgung	24,49	2,3 %	66	81
Wohnwirtsch. Projekte	7,56	0,7 %	25	32
Sonstiges	42,73	4,0 %	42	55
Gesamt	1.072,67	100,0 %	1.318	1.727

Quelle: KfW eigene Daten.

¹⁸ Inklusive Alten- und Behinderteneinrichtungen

**Tabelle A.5: Zusagevolumen nach Verwendungszwecken für das Programm
Sozial Investieren – Investitionsoffensive Infrastruktur (Programmnr. 211)**

	Kreditvolumen in Mio. EUR	Anteil am Kredit- volumen	Anzahl Kredit- nehmer	Anzahl Zusagen
Abfallwirtschaft	-	-	-	-
Abwasserentsorgung	-	-	-	-
Baulanderschließung	-	-	-	-
Energieeinsparung	5,79	1,1 %	8	8
Schulen, Kindergärten	84,92	17,3 %	121	146
Krankenhäuser u. ä. ¹⁹	383,38	77,9 %	232	368
Stadt- u. Dorfentwicklung	11,57	2,4 %	25	34
Verkehrsinfrastruktur	0,10	0,1 %	1	1
Verwaltungsgebäude	3,61	0,7 %	15	15
Wasserversorgung	-	-	-	-
Wohnwirtsch. Projekte	-	-	-	-
Sonstiges	2,52	0,5 %	10	14
Gesamt	491,88	100,0 %	412	586

Quelle: KfW eigene Daten.

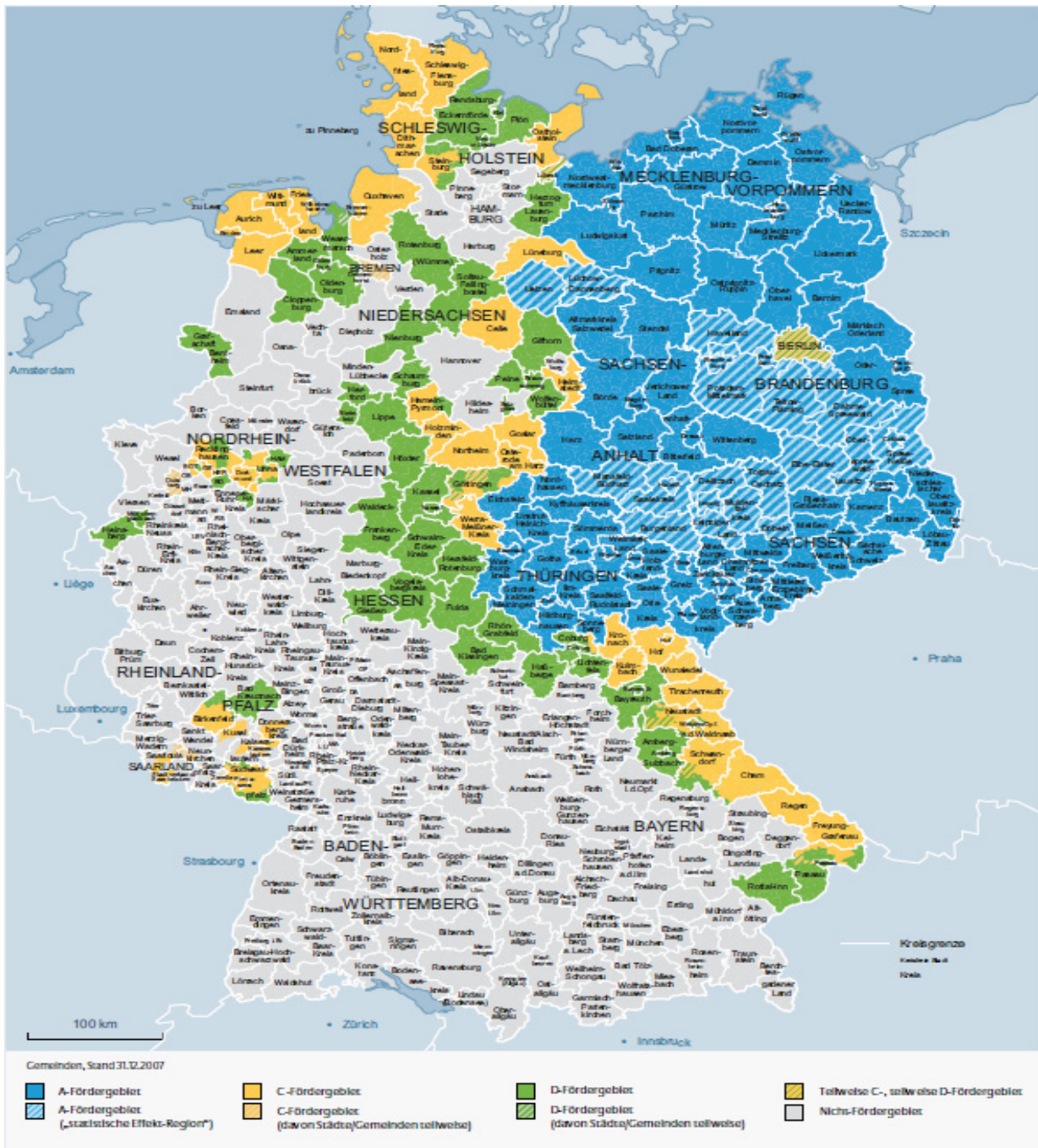
¹⁹ Inklusive Alten- und Behinderteneinrichtungen

Tabelle A.6: Zusagevolumen nach Verwendungszwecken für das Programm Kommunal Investieren – Investitionsoffensive Infrastruktur (Programmnr. 212)

	Kreditvolumen in Mio. EUR	Anteil am Kreditvolumen	Anzahl Kreditnehmer	Anzahl Zusagen
Abfallwirtschaft	29,76	9,3 %	9	16
Abwasserentsorgung	23,19	7,2 %	15	16
Baulanderschließung	-	-	-	-
Energieeinsparung	88,98	27,8 %	41	54
Schulen, Kindergärten	7,30	2,3 %	5	5
Krankenhäuser u. ä. ²⁰	21,75	6,8 %	11	14
Stadt- u. Dorfentwicklung	29,16	9,1 %	12	14
Verkehrsinfrastruktur	8,14	2,5 %	6	7
Verwaltungsgebäude	34,04	10,6 %	15	17
Wasserversorgung	43,42	13,5 %	22	30
Wohnwirtsch. Projekte	-	-	-	-
Sonstiges	34,88	10,9%	14	14
Gesamt	320,61	100,0%	150	187

Quelle: KfW eigene Daten.

²⁰ Inklusive Alten- und Behinderteneinrichtungen



Quelle: Bild entnommen aus: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2011), Regionalförderung über die GRW – Auslöser positiver Wachstumseffekte, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Monatsbericht September 2011.

Grafik A.1: Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ 2007–2013 (in gemeindescharfer Abgrenzung)

Tabelle A.7: Nominales BIP je Einwohner / je Erwerbstätigen in Euro und Arbeitslosenquote des jeweiligen Bundeslandes im Jahr 2010

	Nominales BIP pro Einwohner in EUR	Nominales BIP pro Erwerbstätigen in EUR	Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen in Prozent im Jahr 2010
Baden-Württemberg	33.651	64.666	4,9 %
Bayern	35.337	66.091	4,5 %
Hessen	37.101	71.843	6,4 %
Niedersachsen	26.974	57.757	7,5 %
Nordrhein-Westfalen	30.421	62.332	8,7 %
Rheinland-Pfalz	26.861	57.739	5,7 %
Saarland	29.472	59.263	7,5 %
Schleswig-Holstein	26.712	58.996	7,5 %
Brandenb.	22.258	52.205	11,1 %
Mecklenburg-Vorpommern	21.730	49.173	12,7 %
Sachsen	22.870	48.696	11,8 %
Sachsen-Anhalt	22.245	51.470	12,5 %
Thüringen	22.252	48.773	9,8 %
Berlin	27.499	56.205	13,6 %
Bremen	42.046	71.242	12,0 %
Hamburg	49.638	77.730	8,2 %
Insgesamt	30.566	61.725	7,7 %

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (2011), Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2010, Reihe 1, Band 1, Frankfurt a. M.; Bundesagentur für Arbeit (2011), Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Nürnberg.

Tabelle A.8: Bundesmittel, die zur Verbilligung der Darlehen in der Investitionsoffensive Infrastruktur bereitgestellt werden

	Kommunalkredit - IO (207) Mio. EUR	Sozial Investieren - IO (211) Mio. EUR	Kommunal Inves- tieren - IO (212) Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR	Gesamt EUR je Einw.*
Baden- Württemberg	5,96	-	-	5,96	0,55
Bayern	24,29	0,36	1,45	26,10	2,09
Hessen	7,03	-	-	7,03	1,16
Niedersachsen	16,34	3,57	1,59	21,50	2,71
Nordrhein- Westfalen	5,76	0,57	0,44	6,77	0,38
Rheinland-Pfalz	2,46	0,24	0,09	2,79	0,70
Saarland	0,31	0,05	-	0,36	0,35
Schleswig-Holstein	3,57	1,01	0,53	5,11	1,80
Brandenburg	2,09	11,11	3,70	16,90	6,73
Mecklenburg- Vorpommern	3,15	2,54	0,65	6,34	3,84
Sachsen	6,29	7,60	6,65	20,54	4,93
Sachsen-Anhalt	2,98	5,30	8,23	16,51	7,00
Thüringen	2,51	6,80	2,86	12,17	5,41
Berlin	10,36	3,26	1,91	15,53	4,51
Bremen	-	0,89	-	0,89	1,35
Hamburg	-	-	-	-	-
Insgesamt	93,10	43,30	28,10	164,50	2,01

*) Ermittlung der Mittel je Einw. erfolgte auf Grundlage der Einwohnerzahl des jeweiligen Bundeslandes bzw. von Deutschland.

Quelle: KfW eigene Daten und eigene Berechnungen. Hierbei handelt es sich um vorläufige Angaben. Da einige Darlehen noch nicht (vollständig) ausgezahlt sind und vorzeitige Rückzahlungen bzw. Verzicht auf zugesagte Kreditmittel nicht ausgeschlossen sind, kann sich das Volumen der benötigten Bundesmittel noch verringern.